

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 4 (1985)
Heft: 2: Unser Wasser

Artikel: Schweizer Gigantismus in der Dritten Welt
Autor: Schmid, Hanspeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586236>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

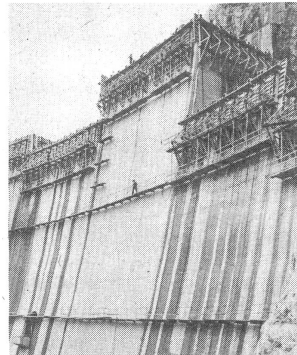
Schweizer GIGANTISMUS in der Dritten Welt

Baugelände Atatürk (Türkei), das Gebiet das später überflutet wird.

Überall auf der Welt sind schweizerische Kraftwerksbauer dabei, Seen aufzustauen und Wälder zu überfluten. Oft sind die Riesenwerke den Möglichkeiten der Drittweltländer nicht angepasst. Vor allem sind sie den gigantischen Kosten nicht gewachsen. Bei den schweizerischen Kraftwerksexporten ist Vorsicht geboten: denn immer mehr muss die Exportrisikogarantie für die Verluste im Kraftwerksbau geradestehen. Hanspeter Schmid berichtet.

Die Pharaonen feiern Renaissance. Allerdings lassen sie sich nicht mehr Pyramiden zum ewigen Mahnmal ihrer Grösse setzen, sondern Kraftwerke und Staumauern. Am höchsten hinaus wollen die brasilianischen Generäle. Im Oktober 1982 wurden die Dammschleusen von Itaipú, dem grössten Kraftwerk der Welt geschlossen. Innerhalb von drei Wochen füllte sich ein Stausee von der Fläche des Kantons Aargau. Wälder, Äcker, aber auch die grössten Wasserfälle der Welt, verschwanden unter den Fluten. «Nero in Rom war der erste, die brasilianische Regierung die zweite – Gott möchte, dass mehr Einsicht herrscht auf dieser Welt», schrieb der brasilianische Lokaldichter Wily Verch voller Verzweiflung. An Stelle der vertriebenen Menschen und der vernichteten Natur rücken die Superlative der Technik: 12,5 Millionen Tonnen Beton und 450 000 Tonnen Stahl verschlang der Damm. In seiner intensivsten Bauphase arbeiteten über 40 000 Menschen daran.

Der riesige Damm, notabene 5 Kilometer lang und an der höchsten Stelle 195 Meter hoch, dient der Energiegewinnung. 18 Generatoren sollen dereinst montiert werden und eine Gesamtleistung von 12 600 Megawatt Strom erzeugen. Das ist mehr als das zwölffache des Atomkraftwerkes Gösgen.



Gigantisch sind allerdings nicht nur die technischen Dimensionen. Noch gigantischer ist das Ausmass der Fehlplanung:

Schon heute steht fest, dass der Strom gar nicht gebraucht wird. Die Pläne für den Bau stammen aus einer Zeit, als die Wirtschaft fröhlich wuchs. Inzwischen steht die brasilianische Wachstumsmaschine still, der Strombedarf wird für die nächsten zehn Jahre nicht zunehmen. Katastrophal sind auch die Kosten: 25 Milliarden Franken ver-

schlingt das Werk. Das Geld kam aus dem Ausland. Brasilien muss daher den ausländischen Banken allein für die Zinsen rund 3,5 Milliarden Dollar bezahlen. Jetzt fehlt das Geld im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich.

Die einzigen, die vom Elektrowahnsinn der brasilianischen Generäle profitieren, sind die internationalen Elektrokonzerne. Allein für den Bau der neun Generatoren, Schaltanlagen und Transformatoren erwuchs der BBC ein Auftragsvolumen von rund 2 Milliarden Franken. Für die BBC in Brasilien und in Baden das Geschäft des Jahrhunderts.

Doch kann die Freude nur kurz anhalten. Denn die BBC hat sich mit dem Riesengeschäft ins eigene Fleisch geschnitten: Nicht zuletzt Itaipú ist dafür verantwortlich, dass der brasilianische Staat heute faktisch bankrott ist und seine Wirtschaft darniederliegt. Und weil Brasilien kein Geld mehr hat, um zu importieren, gehen logischerweise die schweizerischen Exporte in dieses Land massiv zurück. Seit 1981 haben sie stetig um die 20% abgenommen, und ein Ende ist nicht in Sicht.

Aus Fehlern nichts gelernt

Offenbar wollten die türkischen Generäle ihren südamerikanischen Kollegen nicht nachsehen. Sie haben sich in den Kopf gesetzt, mit dem Staudamm «Atatürk» den Euphrat zu stauen. Sie sind bereit, dafür 10 Milliarden Franken auszugeben. Neben der Stromproduktion für die weitentfernten Industriezentren wird bezweckt, mit dem aufgestauten Wasser riesige Flächen zu bewässern und zu kultivieren. Doch hier beginnt

bereits ein absurder Kreislauf: Auf den bewässerten Kulturen wird Gemüse für den Export produziert. Diese Einnahmen werden wiederum gebraucht, um die Zinsen für das gepumpte Auslandskapital zu bezahlen.

Ob die türkische Bevölkerung von Atatürk profitiert, ist mehr als zweifelhaft. Gewinner sind vorderhand die Lieferanten, und diese stammen – wie meist bei Kraftwerksbauten in der Dritten Welt – aus der Schweiz. Entsprechend gross ist der Triumph bei BBC, Sulzer, Escher-Wyss und den Grossbanken. Sie werden nicht müde zu betonen, dass durch den Atatürk-Auftrag der schweizerischen Industrie Arbeit für 2000 «Mannjahre» entstanden sei. Doch zu welchem Preis? Hier unterlassen es die Bank- und Industriekonzerne genauere Angaben zu machen. Aber es steht heute schon fest, und dies ist auch dem früheren Volkswirtschaftsdepartements-Vorsteher Honegger nicht entgangen, dass der Bau von Atatürk für die mausarme Türkei viel zu teuer ist und dass sie daher in allen anderen Bereichen den Gürtel enger schnallen muss. Türkische Importe und die schweizerischen Exporte werden abnehmen. Und es kommt noch schlimmer. Über die Exportrisikogarantie zahlt der schweizerische Steuerzahler für den Grössenwahnsinn der türkischen Generäle.

Der Steuerzahler bezahlt

Bekanntlich hat der Schweizerische Bundesrat einem Gesuch, die Exportlieferungen für Atatürk bis zu einem Betrag von 500 Millionen Franken zu versichern, stattgegeben. Und dies obwohl der Bundesrat ganz genau wusste, dass die Gefahr, dass die Türkei nicht bezahlen kann und dass die Exportri-

sikogarantie daher die Kosten übernehmen muss, sehr gross ist. Offenbar hat der gegenwärtige Volkswirtschaftsminister Furgler ein offeneres Gehör für die Anliegen der Banken und Maschinenindustrie. Sein Vorgänger Honegger lehnte nämlich eine Exportrisikogarantie-Deckung für Atatürk ab. Die Risiken seien zu gross, begründete er den ablehnenden Entscheid damals kurz und bündig.

Mit der Exportrisikogarantie im Rücken hatte es das schweizerische Industriekonsortium leicht, den Atatürk-Fisch an Land zu ziehen. Denn sie ist jetzt vom Risiko entlastet. In gewissem Sinne kann es ihr sogar gleichgültig sein, ob das Projekt in einem Fiasko endet. Anders ist die Situation für den Bund und für den schweizerischen Steuerzahler. Denn zurzeit türmen sich die verfallenen türkischen Rechnungen für schweizerische Güter auf etwa 1,5 Milliarden Franken. Für einen grossen Teil davon muss die Exportrisikogarantie aufkommen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Defizite der Exportrisikogarantie wachsen und wachsen: Im vergangenen Jahr betrugen sie rund 300 Millionen Franken.

Um diese Löcher in der Kasse zu stopfen, steckt der Bund, respektive der Steuerzahler, immer neue «Zuschüsse» in die Exportrisikogarantie. Indirekt zahlt also der Steuerzahler für die problematischen Engagements der schweizerischen Kraftwerksbauer in Brasilien, in der Türkei und in anderen Ländern der Dritten Welt. Aber auch für die Menschen in der Dritten Welt hat die Exportrisikogarantie eher negative Folgen.

Ein führender Ingenieur der für die Planung von Atatürk federführenden Elektrowatt meinte im Gespräch: «Es wäre vielleicht zu viel gesagt, mit Atatürk sei die Grenze der Wirtschaftlichkeit erreicht. Doch wäre der Nutzen zweifellos grösser, wenn die türkische Regierung den Plänen der Elektrowatt von 1968 (sie schlug damals an Stelle des heutigen Riesenprojekts drei kleinere Stufen vor) gefolgt wäre.» Oder im Klartext ausgedrückt: Die schweizerischen Firmen finden das Atatürkprojekt nicht optimal, und sie wären wohl, wenn sie das Risiko allein hätten übernehmen müssen, nicht darauf eingestiegen. Dies ist wenig Trost für die arme türkische Bevölkerung: Denn auf ihren Schultern werden letztlich die Kosten für die Fehlplanung abgeladen.

Vom von der Industrie vielgepriesenen Atatürk-Staudamm profitiert letztlich niemand: die türkische Bevölkerung nicht, der von den Generalen eine Riesenhypothek für die Zukunft aufgebürdet wird; der schweizerische Steuerzahler nicht, der in Zukunft für die Exportrisikogarantie noch tiefer in die Tasche greifen muss, und letztlich auch die schweizerische Maschinenindustrie nicht, die sich mit der Beteiligung an einer Fehlinvestition langfristig weitere Exportchancen in die Türkei verschert.

Umdenken tut also not. Es gilt, Alternativen in Richtung der Förderung einer den Bedürfnissen der Dritten Welt angepassten Kraftwerkstechnologie zu suchen. ♦